21. Mai 2021

KW 20: Heimat-Ministerium, Vorankündigung: Kultur braucht Inklusion – Inklusion braucht Kultur, …

… JaAberUnd #4: Wie solidarisch ist unsere Gesellschaft in der Coronakrise?, Digitaltag 2021, Jahrestagung der Initiative kulturelle Integration, Consilium - die 5 Sinne in/nach der Pandemie, Text der Woche

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Legislaturperiode geht zu Ende, es wird Zeit anzufangen, Bilanz zu ziehen. Was ist zum Beispiel aus der Idee unseres Innenministers geworden, sein Ministerium am Anfang der Legislaturperiode mit der Bezeichnung „Heimat“ aufzuhübschen?

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat nennt es sich fortan. Eingerichtet wurde eine neue Abteilung H (Heimat). „Die Abteilung H ist verantwortlich für die Gestaltung der Heimatpolitik der Bundesregierung. Zu den Aufgaben der Abteilung gehört es, auf der Grundlage eines modernen, zukunftsgewandten Heimatverständnisses den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken und gleichwertige Lebensverhältnisse zwischen städtischen und ländlichen Räumen im gesamten Bundesgebiet zu schaffen. Die Aufgaben umfassen die Gestaltung aller Fragen des Zusammenlebens von der Integration bis zum bürgerschaftlichem Engagement, die Arbeit der Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ unter unterschiedlichen thematischen Aspekten wie Daseinsvorsorge, Mobilität und Demografischer Wandel sowie die Raumordnung, Regionalpolitik und Landesplanung“, schreibt das Innenministerium.

Zu den selbstgesetzten Aufgaben der Abteilung gehört also auch die Gestaltung aller Fragen des bürgerschaftlichen Engagements. Und hier ist das Innenministerium auch wirklich aktiv geworden.

Vor etwas mehr als einem Jahr wurde die Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt aus der Taufe gehoben. Die öffentlich-rechtliche Stiftung mit Sitz in Neustrelitz ist ein gemeinsames Vorhaben des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat, des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft.

Eigentlich hatte das Familienministerium in der letzten Legislaturperiode die Idee, eine partizipative Stiftung unter Einbindung der Zivilgesellschaft auf Augenhöhe zu errichten, doch das Heimatministerium kaperte die Idee in dieser Legislaturperiode erfolgreich, baute sie um und schuf eine Staatsstiftung mit Verbändeanhang. Nicht erst seit dem Rücktritt von Franziska Giffey als Bundesfamilienministerin und der Entscheidung der Kanzlerin die

Stelle bis zum Ende der Legislaturperiode nicht mehr neu zu besetzen, sondern kurzerhand von der Justizministerin mitverwalten zu lassen, wird deutlich, dass die Bedeutung des Familienministeriums in den letzten Jahren leider gesunken ist.

Im Gesetz zur Errichtung der Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt ist festgeschrieben, dass die staatlichen Vertreter zwingend einen Sitz im Stiftungsrat mehr haben als die Vertreterinnen und Vertreter aus dem Bereich des bürgerschaftlichen Engagements. Zudem werden die Vertreter aus der Zivilgesellschaft nicht von Vereinen und Verbänden entsandt, sondern die drei Ministerien benennen sie nach Gutdünken.

In diesem Jahr will die Stiftung ein Servicezentrums als zentrale Anlaufstelle für Engagement und Ehrenamt in Deutschland, ein Kompetenzzentrum zu Fragen von Engagement und Ehrenamt und ein Zentrum zur Strukturstärkung, um strukturschwache und ländliche Räume zu stärken, aufbauen.

Aber ist es eigentlich wirklich richtig, dass eine staatsdominierte Stiftung zentrale Strukturen für das bürgerschaftliche Engagement in Deutschland schaffen will. Ist es in einem subsidiären Staat nicht eigentlich die Aufgabe der Zivilgesellschaft selbst solche Strukturen zu schaffen, selbstverständlich mit der finanziellen Unterstützung des subsidiären Staates?

Das Heimatministerium ist in seiner Breitenwirkung deutlich hinter seinen Möglichkeiten zurückgeblieben, aber in einem Bereich, der Ehrenamtspolitik hat es leider neue Maßstäbe gesetzt. Der Staat hat hier gezeigt, was er in der Zukunft unter Augenhöhe versteht.

Ihr

Olaf Zimmermann
Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates
Twitter: olaf_zimmermann

Vorankündigung 22. Juni: „Kultur braucht Inklusion – Inklusion braucht Kultur“. Eine Bestandsaufnahme

Im Jahr 2009 hat Deutschland die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) ratifiziert. In diesem Völkerrechtsvertrag werden die Rechte von Menschen mit Behinderungen in allen Lebensbereichen präzisiert, auch in den Bereichen Medien und Kultur.

Doch wie steht es mit der Präsenz von Menschen mit Behinderungen im Kulturbetrieb und

in den Medien? Wie viele sind zu sehen, zu erleben, zu hören – ganz selbstverständlich als Künstlerinnen und Künstler? Wie offen sind Kultureinrichtungen oder Medienbetriebe für Mitarbeiter*innen mit Behinderungen? Und wie sieht es mit dem Publikum aus? Wie inklusiv sind Kultureinrichtungen? Welche speziellen Angebote gibt es für Menschen mit Behinderungen und wie zugänglich sind diese? Und schließlich: Wie stehen wir im europäischen und internationalen Vergleich da?

Diesen und weiteren Fragen soll in einer gemeinsamen Tagung des Beauftragten der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen und des Deutschen Kulturrates nachgegangen werden.

U.a. mit:

- **Jürgen Dusel** (Beauftragter der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen)
- **Prof. Dr. Susanne Keuchel** (Präsidentin Deutscher Kulturrat)
- **Raul Krauthausen** (Aktivist, Autor und Medienmacher bei Sozialhelden e.V.)
- **Dr. Ulrike Lorenz** (Präsidentin Klassik Stiftung Weimar)

Ziel ist es, Einblicke in verschiedene Felder des Kulturbereichs zu gewinnen und gemeinsam mit Expertinnen und Experten zu erkunden, welche guten und nachahmenswerten Beispiele es bereits gibt. Welche Herausforderungen bestehen und vor allem, welche Schritte müssen in der Zukunft unternommen werden, damit Menschen mit Behinderungen selbstverständlich in den verschiedenen Tätigkeitsfeldern des Kultur- und Medienbetriebs arbeiten oder einfach nur Kunst und Kultur genießen können.

Erste Informationen zur digital am 22. Juni 2021 stattfindenden Tagung finden Sie hier!

JaAberUnd #4: 01.06. um 18 Uhr online + live: Gesellschaftlicher Zusammenhalt – Wie solidarisch ist unsere Gesellschaft in der Coronakrise?

JaAberUnd, die Debattenplattform von Politik & Kultur geht in die vierte Runde! Diesmal werden anlässlich der Auswirkungen der Corona-Pandemie auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt die Fragen diskutiert: Wie ist es aktuell um den gesellschaftlichen Zusammenhalt bestellt? Wie solidarisch ist unsere Gesellschaft in der Coronakrise? Werden die Engagementbereiche gegeneinander ausgespielt z. B. Kultur versus Soziales? Werden die kommenden Einsparungen z. B. in den Kommunen das Engagement gefährden?

Am 01.06.2021 um 18 Uhr diskutieren:

- **Shai Hoffmann**, Social Entrepreneur/BookRappers
- **Dr. habil. Alexandra Manske**, Soziologin
- **Ulrich Schneider**, Hauptgeschäftsführer Der Paritätische
- **Olaf Zimmermann**, Geschäftsführer Deutscher Kulturrat und Herausgeber Politik & Kultur
- Moderation: **Barbara Haack**, Journalistin

Einschalten, zuhören, fragen und mitdiskutieren bei „JaAberUnd – Die Debattenplattform von Politik & Kultur“ unter:

- Twitter @DKRKultur
- YouTube Deutscher Kulturrat

Mehr zu JaAberUnd:

Aus der Zeitung direkt ins Netz: Die Themen aus Politik & Kultur, der Zeitung des Deutschen Kulturrates, gibt es nicht nur in der Print- und Online-Version zu lesen, sondern die Redaktion diskutiert auch mit Gästen, Zuschauerinnen und Zuschauern live und online im Talk-Format „JaAberUnd – Die Debattenplattform von Politik & Kultur“. Unser Thema, Ihre Meinung: Bei „JaAberUnd“ stehen ein oder mehrere Themen aus Politik & Kultur im Fokus des Gespräches mit den Gästen. Aber auch die Zuschauerinnen und Zuschauer sind eingeladen, online und live via Twitter und YouTube mit zu diskutieren und Fragen zu stellen.

Digitaltag 2021: Jetzt Aktion anmelden

Am 18. Juni findet der diesjährige Digitaltag statt. Der Aktionstag bietet eine Plattform, um verschiedene Aspekte der Digitalisierung zu beleuchten, Chancen und Herausforderungen zu diskutieren und einen breiten gesellschaftlichen Dialog anzustoßen. Ziel des Digitaltages ist die Förderung der digitalen Teilhabe.

Es steht allen offen, sich mit eigenen Aktionen einzubringen – ob Privatperson, Verein, Unternehmen oder öffentliche Hand; ob online oder vor Ort (sofern möglich).

Mögliche Formate sind Dialoge, Online-Beratungen, virtuelle Führungen, Tutorials und Seminare oder Hackathons.

Die einzelnen Aktivitäten werden auf hier auf einer interaktiven Aktionslandkarte dargestellt. Aktionsanmeldungen sind dort bis zum 7. Juni möglich.

Trägerin des Digitaltages ist die Initiative „Digital für alle“. Dahinter steht ein breites Bündnis von 27 Organisationen aus den Bereichen Zivilgesellschaft, Kultur, Wissenschaft, Wirtschaft, Wohlfahrt und öffentliche Hand.

Der Deutsche Kulturrat ist von Beginn an Teil des Partnernetzwerkes der Initiative „Digital für alle“.

Die Initiative kulturelle Integration lädt zu ihrer vierten Jahrestagung am 8. Juni 2021 ein

„Erwerbsarbeit ist wichtig für Teilhabe, Identifikation und sozialen Zusammenhalt“, so lautet die These 14 der 15 Thesen der Initiative kulturelle Integration, die den Fokus der vierten Jahrestagung bildet. Im Jahr 2016 hat das breite Bündnis von 28 Institutionen und Organisationen aus Zivilgesellschaft, Kirchen und Religionsgemeinschaften, Sozialpartnern, Medien, Bund, Ländern und kommunalen Spitzenverbänden die 15 Thesen für „Zusammenhalt in Vielfalt“ als Grundlage für die kulturelle Integration aller in Deutschland lebenden Menschen formuliert.

U.a. mit Kulturstaatsministerin Monika Grütters MdB; Reiner Hoffmann, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes; Hubertus Heil MdB, Bundesminister für Arbeit und Soziales und Ulrich Silberbach, Bundesvorsitzender des dbb beamtenbund und tarifunion.

Coronabedingt wird die Jahrestagung aus dem dbb forum berlin **live gestreamt**.

- **Hier** finden Sie das detaillierte Programm der Jahrestagung der Initiative kulturelle Integration.
- **Hier** geht es direkt zur Anmeldung für die Online-Workshops.

Consilium – die 5 Sinne in/nach der Pandemie. Ein neues Diskussionsformat der Akademie der Künste Berlin, der Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften und des Deutschen Kulturrates

Gestern Abend testeten die Akademie der Künste Berlin, die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften und der Deutsche Kulturrat ein neues, kleines, analoges Diskussionsformat. Auf Einladung der Filmemacherin und Präsidentin der Akademie der Künste, **Jeanine Meerapfel,** des Theologen und Präsidenten der Akademie der Wissenschaften, **Christoph Markschies** und dem Publizisten und Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates, **Olaf Zimmermann**, trafen sich Künstler und Wissenschaftler, selbstverständlich getestet und unter stengen Hygieneregeln, zum ersten Consilium unter dem Thema: „Die 5 Sinne in/nach der Pandemie“ in der Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften am Gendarmenmarkt. Das erste Treffen war dem Sehen gewidmet. Diskussionen des Consiliums werden bald in einem kleinen Film zu sehen sein.

Text der Woche: Johann Hinrich Claussen „Cancel Culture – Die Rechts-Mutante“

Zurzeit wird intensiv über „Cancel Culture“ gestritten, also über Versuche von „Linken“, Andersmeinende mundtot zu machen. Übersehen wird dabei zu oft, dass es auch auch eine „rechte“ Variante gibt. Einige erregen sich sehr darüber und befürchten Schlimmes. Andere wiegeln ab und erklären „Cancel Culture“ zum neurechten Kampfbegriff. Um was geht es hier also – um eine ernste Gefahr für die Meinungsfreiheit oder um ein Propaganda-Phantom?

Johann Hinrich Claussen ist Kulturbeauftragter der Evangelischen Kirche in Deutschland.

Lesen Sie den Text hier!

Copyright: Alle Rechte bei Deutscher Kulturrat